

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Mittwoch, dem 20.11.2019, 19:00 Uhr,
im Rathaus in Friedeburg**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Björn Fischer, Marx Vorsitzender
Maïke Behrens, Friedeburg
Maïke Eilers, Abickhufe
Detlef Grüßing, Bentstreek Vertretung für Ratsherrn Henning Weißbach
Andreas Haak, Etzel
Frauke Heeren, Reepsholt
Thorsten Hyda, Friedeburg
Walter Johansen, Horsten
Doris Stehle, Horsten

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GOR Hans-Werner Arians,
Dipl.-Verw.-Betriebsw. (FH) Nicole Meyer, Protokollführerin

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 07.11.2019 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung – öffentlicher Teil – wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2019

Das Protokoll der Sitzung vom 12.09.19 – öffentlicher Teil – wurde mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

**TOP 6 Bericht über die Haushaltslage und Sachstandsbericht Jahresabschluss
2011
Vorlage: 2019-154**

GOR Ariens berichtete ausführlich über die aktuelle Haushaltslage.

Dipl.-Verw. Betriebswirt. (FH) Meyer berichtete über den aktuellen Sachstand der Erstellung des Jahresabschlusses 2011.

Auf Nachfrage von Rh. Grüßing erklärte GOR Ariens, dass laut Haushaltssatzung maximal ein Liquiditätskredit in Höhe von 5 Mio. Euro aufgenommen werden dürfe und hierfür derzeit bei der Sparkasse keine Zinsen anfallen. Nicht erlaubt sei die Finanzierung von Investitionen durch einen Liquiditätskredit, weshalb langfristig ein Investitionskredit für 2019 aufgenommen werden müsse.

Auf Nachfrage von Rh. Haak erklärte der BM, dass die Pensionsrückstellung nicht vom Fachdienst Personal ermittelt worden sei, sondern von der Versorgungskasse.

Rfrau Eilers fragte nach dem Zinssatz für Kredite, welcher den Kommunen aktuell angeboten werde.

GOR Ariens erklärte, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für vorgegebene Maßnahmen Kredite anbiete mit einem Zinssatz, der unter einem Prozent läge und insgesamt drei tilgungsfreien Jahren. Allgemeine Investitionskredite auf dem freien Markt lägen derzeit bei einem Zinssatz von drei bis vier Prozent.

Rh. Hyda regte an, die Rechnungsergebnisse aus 2019 im ersten Quartal des Jahres 2020 im Bericht zur Haushaltslage darzustellen, um rückblickend zu schauen, ob die Ansätze erreicht wurden.

Der BM erklärte, dass er es ebenfalls für sinnvoll halte, sich die Rechnungsergebnisse anzuschauen und dass bereits in 2019 die vorläufigen Rechnungsergebnisse des Jahres 2018 vorgelegt wurden, diese jedoch immer unter dem Vorbehalt, dass es sich um vorläufige Zahlen handle und Buchungen für das zurückliegende Jahr noch getätigt und nachgeholt werden können.

Auf Nachfrage von Rfrau Heeren erklärte GOR Ariens, dass der niedrige Zinssatz bei den Liquiditätskrediten aufgrund der EONIA-Vereinbarung zustande komme und die Banken aufgrund der zu zahlenden Strafzinsen froh über die Weitergabe an die Kommunen seien.

Rh. Grüßing regte eine kurze Kreditlaufzeit und Zinsfestschreibung an.

Der BM erklärte, dass die Gemeinde Friedeburg vorsichtig wirtschaften müsse und jede Kreditentscheidung aufgrund einer Angebotsabfrage und Erkundung der Marktlage erfolge. Das Risiko einer kurzen Zinsbindung sei zu hoch und nicht kalkulierbar.

Der Bericht zur Haushaltslage sowie zum Sachstand der Erstellung des Jahresabschlusses 2011 wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 7 Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt durch den Breitbandausbau
Vorlage: 2019-162**

Dipl.-Verw. Betriebswirt. (FH) Meyer erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rfrau Stehle wies darauf hin, dass es sich bei den geplanten 2,3 Mio. Euro um die kleinste Wirtschaftlichkeitslücke handele und dass nun lediglich die Anschlüsse übrig blieben, die für Unternehmen wirtschaftlich nicht attraktiv seien.

Der BM bestätigte dieses und erklärte, dass nach Rücksprache mit dem Landkreis Wittmund die Ergebnisse der letzten Ausschreibung als Grundlage der Berechnung dienen. Es handele sich um 1.280 Haushalte, die sogenannten weißen Flecken, die derzeit mit einer Geschwindigkeit von weniger als 30 Mbit/s versorgt seien. Für die Telekommunikationsunternehmen seien diese Anschlüsse in erheblichem Maße unwirtschaftlich.

Rh. Grüßing sprach sich dafür aus, dass der Landkreis zunächst Förderanträge stelle, um an wichtige Zuschüsse ranzukommen.

Rh. Haak regte an, das Mobilfunknetz zu verbessern und hierfür Zuschüsse zu verwenden.

Der BM erklärte, dass für den Ausbau des Mobilfunknetzes ein Mobilfunkmast errichtet werden müsse, der ebenfalls ein gut ausgebautes Breitbandnetz benötige.

Auf Nachfrage von Rh. Johansen erklärte der BM, dass derzeitiges Ziel sei, für alle Häuser einen Anschluss zu errichten und diese mit Breitband zu bedienen. Eine Festlegung, wann die Häuser einen Anschluss bekommen, sei erst möglich, wenn echte Zahlen vorlägen und die Entscheidung für die Umsetzung der Ausbaumaßnahmen getroffen wurde.

Rh. Johansen kritisierte den Bund, dass dieser zu lange in der Breitbandinfrastruktur nichts getan habe, dass sogar Drittländer besser versorgt seien als Deutschland.

**TOP 8 Haushaltssatzung und -plan 2020 und Bildung einer Rückstellung für das
Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 2019-155**

Rh. Fischer wies darauf hin, dass in diesem Ausschuss erstmals öffentlich über den Haushaltsplan gesprochen werde und nun der Zeitpunkt sei, wo den Bürgern die Gelegenheit gegeben werde, hierüber mitzureden.

GOR Ariens erläuterte die Sitzungsvorlage ausführlich und nannte wichtige Eckpunkte des Haushaltsplanes 2020.

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

Rh. Haak erklärte, dass Investitionen gesetzlicher Art, wie beispielsweise im Bereich der Feuerwehren, aufgrund der Vorschriften der Feuerwehrunfallkasse, auf das Notwendigste beschränkt werden müsse, ebenso die freiwilligen Leistungen der Gemeinde Friedeburg, die nun aufgrund der Haushaltsslage nicht mehr übernommen werden können. Den Schwerpunkt auf die Feuerwehr zu legen und das Ehrenamt zu fördern sei wichtig, mindestens genauso wichtig sei jedoch auch der Neu- und Umbau eines Rathauses für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und auch der Neubau der Kindertagesstätten, denn hier verbringen die kleinsten Bürger viel Zeit am Tag. Rh. Haak schlug vor, die geplanten Investitionen nach zeitlichen Aufenthaltsaspekten zu prüfen.

Auf Nachfrage von Rfrau Eilers erklärte GOR Ariens, dass die Höhe der Investitionskredite zu Beginn des Jahres 2020 insgesamt 6,4 Millionen Euro betrage und dass die geplanten Investitionen in 2020 zu einer Erhöhung auf ca. 12,5 Millionen Euro führe.

Der BM erklärte, dass noch Kreditermächtigungen aus den vergangenen Jahren bestünden. So sei beispielsweise die Maßnahme „Erweiterung des Gewerbeparkes Marx“ nicht durchgeführt und somit auch kein Darlehen hierfür aufgenommen worden.

Rfrau Heeren erklärte, dass in den nächsten Jahren viele Investitionen getätigt werden müssen, wie beispielsweise für den Neu- und Umbau des Rathauses, welcher nun schon sehr lange in Planung sei. Den Auszahlungen für Investitionen sollten mehr Einzahlungen gegenüber stehen, die Kommune müsse bemüht sein, durch Grundstücksverkäufe diese Einzahlungen zu erzielen.

Rfrau Eilers wies darauf hin, dass genau überlegt werden müsse, welche Maßnahme umgesetzt würden, denn die neuen Investitionen führen zu höheren Krediten und hier sei fraglich, wie diese zukünftig zurück gezahlt werden können.

Rfrau Stehle erklärte, dass die geplante Kreditermächtigung 2020 in Höhe von 6 Millionen Euro noch nicht das Ende der Fahnenstange sei und man die zukünftigen Investitionen, welche aus der langfristigen Investitionsplanung ersichtlich seien, im Blick haben müsse. Es müsse genau überlegt werden, welche Investitionen notwendig seien, Luxus könne man sich nicht leisten.

Rfrau Heeren regte an, auch in den Tourismus zu investieren und den Wohnmobilstellplatz attraktiver zu gestalten, um Touristen nach Friedeburg zu holen.

Rh. Johansen kritisierte, dass die Kommune das letzte Glied in der Kette sei und somit ausführen müsse, was von oben bestimmt werde. So müsse Friedeburg viele Baumaßnahmen finanzieren, die von oben weitergegeben und somit abgedrückt wurden. Bei den vielen auszuführenden Baumaßnahmen könne man nicht sparen und auch verschieben mache keine Sinn, da voraussichtlich der Bau von Gebäuden in fünf Jahren doppelt so teuer sei.

Rh. Hyda kritisierte, dass die Ratsmitglieder jedes Jahr erklären, es müsse gespart werden und die finanzielle Lage sei schlecht, dann jedoch Beschlüsse fassen über Maßnahmen wie die Sanierung von Toilettenhäuschen und Glockentürmen. Seit Jahren werde nicht gespart und wenn dieses auch in Zukunft nicht geschehe, müsse über höhere Einnahmen, beispielsweise durch Steuerhöhungen, nachgedacht werden.

Rh. Grüßing erklärte, dass die Politiker des Bundes nur Entscheidungen treffen und die kleinen Kommunen diese dann ausführen müssen, was für diese zu einer derart hohen Verschuldung führe. Dies könne so nicht weitergehen, ein Aufschrei beim Städte- und Gemeindebund sei notwendig und angebracht. Des Weiteren erklärte Rh. Grüßing, dass die Gemeinde Friedeburg lediglich in einen standardgemäßen Neubau ohne Luxusartikel für Kindertagesstätten investieren solle, denn Ziel sei es nicht die beste, sondern eine funktionale Kita zu errichten.

Der BM erklärte, dass der Übungsdienst der freiwilligen Feuerwehr zwar nur einmal wöchentlich stattfinde, die vom Gesetzgeber veröffentlichte Arbeitsplatzrichtlinie jedoch auch für diese gelte und eingehalten werden müsse. Auch erklärte der BM, dass der Investitionsplan der Kindertagesstätten keine Wunschliste sei, sondern die derzeitige Situation und die Notwendigkeit der Verbesserung aufzeige. Ziel sei es, langfristiger zu planen, ähnlich wie beim Feuerwehrbedarfsplan und keine ad hoc-Entscheidungen mehr zu treffen.

Rh. Haak wies darauf hin, dass aufgrund von gesetzlichen Vorgaben jetzt über hohe Investitionen entschieden werden müsse und man hierzu gezwungen werde. Eine langfristige Planung sei jedoch aufgrund von Gesetzesänderungen nur schwer, man könne jetzt noch nicht wissen, was beispielsweise die Feuerwehrunfallkasse in fünf Jahren festlege.

Der BM erklärte, dass das Land die Gesetze beschließe, die Kommunen lediglich Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen abgeben und sich somit wehren können. So läge aktuell eine Gesetzesvorlage zur Qualitätssicherung der Wohnungen vor, wonach die Kommunen die Aufgabe haben, ordnungsrechtlich den Wohnzustand der Wohnungen in der Gemeinde zu prüfen. Hierfür stünde jedoch in den Kommunen kein Personal zur Verfügung, weshalb diese Gesetzesvorlage aufs Schärfste vom Städte- und Gemeindebund kritisiert werde.

Auf Nachfrage von Rh. Hyda erklärte der BM, dass eine Abfrage zur Umsatzsteuerthematik beim Kämmererverband getätigt wurde, jedoch noch keine Rückmeldung und somit auch keine befriedigende Antwort kam.

Rh. Johansen wies darauf hin, dass kleinere Einsparungen in Höhe von einhundert Euro bei derartig hohen Investitionen nichts bringen und dass konkretere Einsparvorschläge kommen müssen.

Rh. Grüßing erklärte, dass es finanziell den Bach runter gehe, wenn die Kommune sich nicht wehre und nun der Zeitpunkt gekommen sei, auch mal Nein zu sagen oder gegebenenfalls einen Richter entscheiden zu lassen.

Der BM erklärte, dass ein Nein sowohl zu höheren Kosten in Folgejahren als auch zu Unmut bei Betroffenen führe, beispielsweise bei Eltern, wenn keine Kitas für deren Kinder gebaut werden. Auch arbeitsrechtlich sei dies problematisch, wenn jemand in den Einrichtungen der Gemeinde zu Schaden komme.

Rfrau Stehle regte an, dass die Verwaltung den Haushalt, welcher sich vom Entwurf mit dem Stand 28.10.2019 nicht unterscheide, noch einmal bezüglich möglicher Einsparungen durchschaue und der Politik dann einen neuen Entwurf vorlege, sodass diesem mit weniger Bauchschmerzen zugestimmt werden könne.

Der BM erklärte, dass dieser Auftrag an die Verwaltung nicht zielführend sei und zu unnötigen Verzögerungen in der Beschlussfassung führe. Es handele sich um einen Plan in dem derzeit keine Einsparpotenziale vorhanden seien, in der Ausführung dieses Planes jedoch könne noch gespart werden. Fraglich sei, ob man sich von bestimmten Dingen trennen möchte, wie dem Kinderbildungsfonds oder ob man sich vom Gedanken der familienfreundlichen Kommune trenne. Hierüber müsse man dann in der nahen Zukunft beschließen. Nicht fraglich hingegen und ein wichtiger Orientierungspunkt für die Schwerpunktsetzung des laufenden Haushalts seien die wesentlichen Produkte.

Rh. Haak erklärte, dass die Gemeinde Friedeburg durch die Feuerwehrunfallkasse zu hohen Investitionen gezwungen und wenn diese alle umgesetzt werden, kein Geld mehr übrig bleibe für andere Bereiche wie den Straßenbau.

Rfrau Eilers wies darauf hin, dass es beim Feuerwehrhaus Friedeburg nur die Möglichkeit gebe, den Ansatz möglichst gering zu halten und somit für die sparsamste der drei Möglichkeiten abgestimmt werden müsse.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 29.10.2019 wurde mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Aufwendung zur Bildung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 399.500 Euro zu.
2. Der Rat beschließt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020.

**TOP 9 Bestellung Standesbeamter
Vorlage: 2019-152**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 11.11.2019 wird mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Gemeindeamtsrat Nils Janßen ist ab 01.01.2020 in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Widerruf als Standesbeamter zu ernennen.

TOP 10 Annahme einer Geldspende für die Kindertagesstätte Etzel
Vorlage: 2019-157

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 04.11.2019 wird mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Die Geldspende der Paddel- und Pedalstation Friedeburg in Höhe von 600,00 € für die Kindertagesstätte Etzel wird angenommen.

TOP 11 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es erfolgte kein Bericht, da keine relevanten Themen vorlagen.

TOP 12 Anfragen und Anregungen

Rfrau Behrens kritisierte die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder und wies darauf hin, dass die Ratsherren und -frauen im nächsten Jahr überlegter Beschlüsse fassen müssen, um Einsparungen im Haushalt zu erreichen.

TOP 13 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 20.45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin